

LIGA DER SPITZENVERBÄNDE DER FREIEN WOHLFAHRTSPFLEGE BERLIN und Landesarmutskonferenz Berlin

AWO Landesverband Berlin e.V. • Caritasverband für das Erzbistum Berlin e.V.
Diakonisches Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz e.V. • Paritätischer Landesverband Berlin e.V.
DRK Landesverband Berliner Rotes Kreuz e.V. • Jüdische Gemeinde zu Berlin KdöR • Landesarmutskonferenz Berlin

29.9.2022

Pressemitteilung

Zur Fachveranstaltung „Findet Berlin einen sozialen Ausweg aus der Energiekrise?“ - Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft im Gespräch - 29.9.22, 14.30 – 16.30 Uhr

Die steigenden Energiepreise lassen die Lebenshaltungskosten der Berlinerinnen und Berliner in bislang unbekannte Höhen schnellen. Geldsorgen und Existenzängste belasten immer mehr Menschen. Wie können die sozialen Folgen der Energiekrise bewältigt und eine drohende Armutsspirale im Land Berlin verhindert werden? Reichen die Entlastungsmaßnahmen für Privathaushalte, Sozialwirtschaft und Unternehmen aus dem aktuellen Koalitionsbeschluss aus?

Die LIGA der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege und die Landesarmutskonferenz Berlin haben diese und weitere Fragen im Abgeordnetenhaus des Landes Berlin mit Spitzenvertreter:innen aus der Berliner Politik mit Verwaltung und Zivilgesellschaft diskutiert. Interessierte Bürger:innen und Fachpersonen konnten via Livestream zuschauen und sich per Livechat persönlich in die Diskussion einbringen.

Barbara Eschen, Vorsitzende Landesarmutskonferenz Berlin:

„Teure Lebensmittel und explodierende Heizkosten - das bedeutet blanke Not für viele Berliner*innen. Wer bisher über die Runden kommt, braucht plötzlich zusätzlich Hartz IV oder Sozialgeld, was aber überhaupt nicht ausreicht. Das geplante 3. Entlastungspaket der Bundesregierung hilft - aber längst nicht in allen Armutslagen. Niemand darf in dieser Krise die Wohnung verlieren oder wegen Heizkosten in Überschuldung geraten! Die Berliner Koalition verspricht u.a. einen Härtefallfonds. Dieser muss das Auskommen aller Berliner*innen wirklich sichern!“

Dr. Gabriele Schlimper, Geschäftsführerin Paritätischer Berlin, Federführung LIGA Berlin:

„Damit Menschen, die Unterstützung brauchen, weiterhin gut geholfen werden kann, muss sichergestellt werden, dass soziale Organisationen ihre Einrichtungen und Angebote weiterhin sicher betreiben können. Das betrifft alle sozialen Bereiche (Kita, betreutes Wohnen, Jugendhilfeeinrichtungen, Beratungsstellen, Pflegeeinrichtungen u.a.) Soziale Organisationen müssen jetzt schnell dabei unterstützt werden, die gestiegenen Energiekosten zu finanzieren. Die jetzt entschiedenen Maßnahmen zur Aufstockung des Härtefallfonds müssen zeitnah und praktikabel umgesetzt werden.“

Andrea U. Asch, Vorständin Diakonie Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz:

„Berlin darf keine Zeit verlieren. Die Inflation belastet Menschen und soziale Träger schon seit Monaten, die Heizperiode steht vor der Tür. Das Land darf nicht auf den Bund verweisen und die Entlastungsmaßnahmen für Privathaushalte auf die lange Bank schieben. Die von der Berliner Koalition versprochenen Hilfen werden jetzt benötigt. Das Leben zahlreicher Menschen wird gerade auf den Kopf gestellt, Lebensmodelle sind von einem Tag auf den anderen gefährdet. Unsere niedrigschwelligen Anlaufstellen wie die Allgemeine Sozialberatung oder Schuldnerberatung werden so stark nachgefragt, dass die Kapazitätsgrenzen bereits jetzt erreicht sind. Wir fordern eine kurzfristige, bedarfsgerechte Finanzierungsaufstockung für die Beratungsstellen. Wir dürfen die Menschen mit Ihren Existenzsorgen und drängenden Fragen nicht alleine lassen.“

Kontakt für Rückfragen:

Sebastian Peters, Pressesprecher und Leiter der Öffentlichkeitsarbeit
Diakonisches Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz (DWBO)
E-Mail: peters.s@dwbo.de Tel. 0173 – 60 333 22

